

## **Terms and Conditions**

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

### Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

### Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

hoch gegriffen sein. Obwohl wir uns gewöhnt haben, in Milliarden zu denken, schreckt man bei dieser Summe doch zurück. Sämtliche Steuern stiegen in Deutschland von 1881 bis 1911, also in dreißig Jahren, nur um rund 3 Milliarden Mark; der als ungeheuerlich empfundene Wehrbeitrag betrug nur 1 Milliarde Mark und konnte in drei Teilen entrichtet werden.

Der Druck der neuen Lasten. Was der Staat verlangt, muß durch Arbeit der Bürger geschaffen werden. Müßen nun statt 4 Milliarden Mark jährlich etwa 10 Milliarden Mark aufgebracht werden, so bedeutet das, daß jeder Bürger nicht mehr nur drei viertel Tage in der Woche für den Staatsbedarf arbeiten muß wie bisher, sondern zwei Tage. Die neuen Staatsbedürfnisse stellen aber nicht alle die gleichen Anforderungen an die Arbeitskraft. Wir haben oben gesehen, daß die Staatsanleihen nur einen neuen Schuldner an die Stelle anderer Schuldner gesetzt haben, d. h. die Milliarden, die für ihre Verzinsung aufgebracht werden müssen, fließen sofort ohne Gegenleistung durch Arbeit zurück. Wenn z. B. jemand bisher 10 000 Mark als tägliches Geld zu 5 % in einem industriellen Unternehmen angelegt hat, und er kauft jetzt Kriegsanleihe, so bekommt er 500 Mark vom Staat als Zinsen. Er muß allerdings, damit der Staat diese Zinsen zahlen kann, 500 Mark Steuern zahlen, d. h. Arbeit für 500 Mark leisten, deren Lohn nicht ihm, sondern dem Staat zufließt. Dafür braucht aber die Fabrik die Zinsen nicht mehr zu zahlen, d. h. sie braucht nicht für 500 Mark Arbeit zu leisten, deren Ertrag nicht ihr, sondern einem anderen zugute kommt. Die Folgen der ungeheuren Umwandlung von treibendem Arbeitskapital in stagnierendes Rentenskapital, auf die schon oben hingewiesen ist, kommt für die Frage des Steuerdrucks nicht in Betracht. Anders liegt es bei den Mehrausgaben für die Landesverteidigung. Auch hier fließen die erarbeiteten Summen, die für Steuern gezahlt werden, sofort wieder zurück, aber nur gegen Gegenleistung durch neue Arbeit. Es muß also unentgeltlich gearbeitet werden, um die Steuern für diese Ausgaben aufzubringen, sie sind wirkliche Spesen der Volkswirtschaft. Endlich die Ausgaben für die Pensionen. Auch hier fließen die eingegangenen Steuern dem Empfangsberechtigten ohne Gegenleistung zu, aber als Ersatz für verloren gegangene Arbeitskraft. Diejenigen, die